

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 66 (1972)
Heft: 4

Artikel: Ueber soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Entwicklungsländern
Autor: Myrdal, Gunnar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

abhängigkeit zweifellos ihren Mann gestanden haben, war mit dem Abzug der Kolonialherren ihr Ziel erreicht. Sie leben in Wohlstand, ja haben z. T. sogar die Stellung der Kolonialherren übernommen. Für die Masse des indischen Volkes ist aber der Kampf nicht zu Ende. Ein alter indischer Bauer in Shahada meinte: 'Indiens Militärmacht hat einem andern Volk, Bangla Desh, zur Freiheit verholfen. Wer aber befreit uns von unseren eigenen Landsleuten? Für mich habe ich keine Hoffnung, aber unsere Jugend sollte es einmal besser haben'.»

Willi Kobe

Ueber soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Entwicklungsländern

Professor Gunnar Myrdal, Stockholm, einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler der Nachkriegsjahre, bekannt vor allem durch sein epochemachendes Werk über das Problem der Weltarmut — wurde eingeladen, seine Auffassung über eben dieses Thema im **Jahrbuch Encyclopaedia Britannica** zu veröffentlichen. Dieses Angebot, an sich schon eine Anerkennung seines hohen Ranges in der Wissenschaft, ist umso wertvoller, als Gunnar Myrdal, auf Grund seiner vieljährigen Feldstudien in sogenannten unterentwickelten Ländern, in der Lage ist, Wahrheiten über Entwicklungspolitik zum Durchbruch zu verhelfen, die bis jetzt weit hin unbeachtet oder vernachlässigt geblieben waren. Wir geben nachstehend aus dem uns zur Verfügung gestellten Manuskript Myrdals Ansicht über «soziale Ungleichheit in Entwicklungsländern» wieder und behalten uns vor, in späteren Nummern der «Neuen Wege» weitere Aspekte der Entwicklungspolitik, wie sie Prof. Myrdal sieht, vorzulegen. Red.

Trotz den radikalen Voraussetzungen ihrer von den Philosophen des Utilitarismus übernommenen Theorien, waren die Wirtschaftstheoretiker seit Generationen geneigt, zu behaupten, es bestehe ein Konflikt zwischen Reformen mit dem Ziel sozialer Gleichstellung und wirtschaftlichem Wachstum, in dem Sinne, daß solche egalitären Reformen nur um den Preis einer niedrigeren wirtschaftlichen Wachstumsrate zu haben seien. Dieses Vorurteil ist erst vor kurzem in den fortgeschrittensten Wohlfahrtsländern aufgegeben worden. Es war ein rein spekulatives Argument. Es fehlen uns genauere Untersuchungen darüber, wie in westlichen Ländern «wirtschaftliche Faktoren wie die Einkommens/Spar Rate, Arbeitseinsatz und Arbeitseffizienz auf eine Änderung in der Verteilung von Einkommen und Besitz reagieren.

Als die Wirtschaftstheoretiker nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Forschungsinteressen schleunigst auf die Entwicklungsprobleme zurückgebliebener Länder einstellten, war es für die meisten von ihnen eine

ausgemachte Sache, ein Axiom gewissermaßen, daß diese äußerst armen Länder es sich nicht leisten könnten, Gedanken sozialer Gerechtigkeit Raum zu geben und für egalitäre Reformen den Preis langsameren wirtschaftlichen Aufstiegs zu zahlen. Ein amerikanischer Wirtschaftstheoretiker erklärte in einem Buch, das voll des höchsten Lobes war für die wirtschaftliche Entwicklung Pakistans unter dem autoritären Regime des früheren Präsidenten Ayub Khan:

«Es besteht ein Konflikt zwischen Wachstum und Gleichheit ... die Unterschiede im Einkommen tragen bei zum Wachstum der Wirtschaft. »

Der diesen Ausspruch tat, war einer von einer Gruppe von Wirtschaftstheoretikern, die die Planungsspezialisten in Pakistan seit Jahren beraten hatten. Das Buch kam 1967 heraus, unmittelbar bevor Ayubs Cliquenregime zusammenbrach, unter dem Druck, nicht bloß einer großen und wachsenden Ungleichheit von Landesteilen und Volksklassen, sondern einer krassen und ganz unverhüllten Korruption, die offenbar den Beratern entgangen war, oder auf alle Fälle als nicht wichtig für die Entwicklung betrachtet wurde.

Es gibt eine Reihe von allgemein gültigen Gründen, warum in unterentwickelten Ländern — ganz entgegen dem Vorurteil von einem Konflikt zwischen den zwei Zielen wirtschaftlichen Wachstums und größerer wirtschaftlicher Gleichheit, die letztere viel eher eine **V o r b e d i n g u n g** raschen und dauernden Wachstums ist.

Erstens leiden die Leute in unterentwickelten Ländern massenhaft an Unterernährung oder einseitiger Ernährung und anderen schweren Mängeln ihrer Einkommensstufe; besonders zu erwähnen ist auch das Fehlen an Möglichkeiten der Gesundheitspflege und der Ausbildung: äußerst primitive Unterkünfte- und sanitäre Verhältnisse kommen dazu. All dies drückt auf ihren Willen und ihre Fähigkeit zu arbeiten, angestrengt zu arbeiten. Es hält also die Produktion auf einem niedrigen Niveau, mit anderen Worten: Maßnahmen zur Hebung des Einkommens der Massen würden die Produktion heben.

Zweitens ist wirtschaftliche Ungleichheit immer mit sozialer Ungleichheit verbunden, sie bedingen sich gegenseitig. Nachdem soziale Ungleichheit ohne Zweifel der Entwicklung schadet, indem sie geistige Beweglichkeit und freien Wettbewerb im weitesten Sinne herabsetzt, ist es ganz klar, daß infolge dieser Beziehung größere wirtschaftliche Gleichheit zu größerer Produktivität führen würde.

Drittens: Das übliche Argument, wonach wirtschaftliche Ungleichheit eine Oberklasse reicher macht und ihr so ermöglicht, mehr von ihrem höheren Einkommen zu sparen, hat noch weniger Bedeutung in den meisten unterentwickelten Ländern, wo Grundbesitzer und andere reiche Leute bekanntlich ihr Einkommen in spektakulärem Aufwand und Investitionen, die ihr Prestige heben, vergeuden. Oft kommt

es vor — und nicht nur in Lateinamerika — daß sie ihre Kapitalien ins Ausland verschieben. Extrem mangelhafte Einschätzung der Vermögen und die noch mangelhaftere Methode der Steuereintreibung sind weitere Gründe, warum Ungleichheit an Einkommen und Vermögen für die öffentlichen Finanzen keinen Vorteil darstellen.

Viertens müssen alle unterentwickelten Länder danach streben, sich als Nation zu konsolidieren. Große, und vor allem zunehmende (wirtschaftliche) Ungleichheit ist ein ernstliches Hindernis für solche Bemühungen.

Fünftens besteht die Erfahrung, daß in den fortgeschrittensten Wohlfahrtsstaaten mit ihrer höheren Lebenshaltung und bereits erreichter höherer Gleichheit, fortdauernde soziale Reformen, sich produktiv auswirken — dies sollte umso mehr Geltung haben für die äußerst armen und nicht egalitären Länder.

Die wirkliche Bedeutung dieser Gründe für egalitäre Reformen — sogar vom Standpunkt der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung — wird aber erst enthüllt, wenn das Problem in Bezug auf bestimmte strukturelle Änderungen diskutiert wird.

Eine widerspruchsvolle Situation

Wir befinden uns in einer seltsam widersprüchlichen Situation in Bezug auf die Forderung nach größerer Gleichheit in unterentwickelten Ländern. Einerseits betonen die programmatischen Erklärungen in allen diesen Ländern die Notwendigkeit größerer Gleichheit — vor allem einer Hebung des Lebensstandards der Massen. Es ist dies überall ein erst-rangiges Planungsziel.

Andererseits ist wirtschaftliche wie soziale Ungleichheit nicht nur sehr kraß und abstoßend in den meisten dieser Länder, sie scheint auch tatsächlich zuzunehmen. Politische Maßnahmen, die man angeblich zugunsten der Armen ergriffen hatte, werden meistens entweder nicht angewandt oder sie begünstigen in Wirklichkeit die Nicht-so-Armen. Was an Entwicklung zustande kam, hat in den meisten Fällen nur die obersten Schichten bereichert — die «städtische Mittelklasse», die «gebildeten», oder was in Südasien bekannt ist unter dem Namen «ländliche Elite», während die rasch wachsenden Massen in den ländlichen und städtischen Slums noch ungefähr da sind, wo sie immer waren.

Das muß doch wohl mit der Tatsache zusammenhängen, daß fast alle unterentwickelten Länder von Gruppierungen einer Herrenklasse regiert werden. Das gilt sogar für ein Land wie Indien, wo freie Diskussion und andere bürgerliche Freiheiten verbürgt sind, unter einer frei gewählten Regierung. Solche Regierung einer reichen Gruppe ist aber vor allem die Regel in den vielen Ländern der Dritten Welt, unter autoritärer Herrschaft, selbst wenn sich die Rhetorik ihrer Führer «radikal» und egalitär anhört. Die Massen sind in der Regel nicht genügend orientiert,

um ihre wahren Interessen zu erkennen, noch viel weniger sind sie organisiert, um sie wirksam zu verteidigen. Wenn sie aus ihrer Stumpfheit und Passivität ausbrechen, ist es nur zu oft unter dem Einfluß religiösen oder rassischen Fanatismus, verbunden mit dem Trieb, sich gegenseitig zu berauben. Diese Art «Rebellion» ist nicht nur nutzlos, sie wirkt als Hindernis für jene vernünftige und organisierte Massenaktion für die Verteidigung wirklicher und gemeinsamer Interessen.

Unter diesen Umständen wurden denn auch Reformen in Richtung größerer Gleichheit nicht in Angriff genommen, oder, wenn dies geschah und sie sogar in Gesetzen ihren Ausdruck fanden, wurden sie nicht angewandt oder verzerrt. Die herrschende Klasse findet sich jedoch in einem ernsthaften ideologischen Zwiespalt. Die Angehörigen dieser Klasse waren die Träger der Erneuerungsideale des Westens oder der kommunistischen Länder. Unter diesen Idealen hielt Gleichheit einen hohen Rang. Viele der Herrschenden sind ihr im Herzen immer noch zugetan. Aber weil entschlossener und organisierter Druck von unten ausblieb, erlaubten sie ihren, nur zu oft falsch verstandenen Interessen, Reformen in Richtung größerer Gleichheit zu blockieren.

Die siebziger Jahre, von der UNO-Generalversammlung als zweites Entwicklungsjahrzehnt deklariert, **könnten wohl Zeuge sein einer zunehmenden Unterbeschäftigung der Arbeitskräfte in immer größeren ländlichen und städtischen Slums, vermehrter Ungleichheit und Elend für immer größere Massen. Ob diese Entwicklung an sich den Druck von unten verstärken wird, ist ungewiß.**

Ein Faktor, der die Massen zur Rebellion zu treiben scheint, ist das Erlebnis eines gegen einen äußeren Feind gerichteten Nationalismus, wie in Vietnam, in vielen Regionen Afrikas, oder sogar in Südamerika. Verglichen mit Modernisierungs-Idealen scheint sich dieser besondere Typus von Nationalismus in den Massen leichter zu verbreiten. Besonders unter solchen Umständen können «Radicals» der gebildeten «Mittelklasse» ihre Rolle als Anstifter und Organisatoren spielen. Andererseits kann ein Land, angesichts der Feuerkraft moderner Waffen und zunehmendem Verlaß auf das Militär als Regierungsinstrument, Rebellion von unten niederhalten. Nicht unter allen Umständen — eine militärische Diktatur kann möglicherweise egalitäre Reformen in die Wege leiten.

Allgemein muß gesagt werden, daß jede Prognose einer politischen Entwicklung in unterentwickelten Ländern höchst ungewiß ist. Was in diesem Abschnitt betont werden mußte ist allein, daß bis anhin die meisten unterentwickelten Länder einen inneren Konflikt bargen — den Konflikt zwischen einem Programm egalitärer Reformen und einer tatsächlichen Tendenz auf Erhaltung, und meist sogar auf Zunahme der Ungleichheit.